

## Medien, Politik und Geld

Wenn man sich Tirol medial anschaut, kann einem schlecht werden. Klar ist in Österreich Medienpolitik Bundessache, aber auch die Länder hätten Möglichkeiten, steuernd einzugreifen. Manche machen das auch vor und nehmen Geld in die Hand, um Medien- und damit auch Meinungsvielfalt gezielt zu fördern. Die VorreiterInnenrolle nimmt hier Wien ein, das partizipative, kritische und offene Medien wie okto TV oder auch Orange 94.0 mit Summen fördert, die auch wirklich was bewirken können. Auch Oberösterreich kann als Vorbild dienen, denn im Rundfunkbereich kann das Land mit vier Freien Radios und einem Community TV auf kritische Auseinandersetzung zu lokalen, regionalen und auch internationalen Themen setzen.

In Tirol sieht die Sache schon ein bissl anders aus. Ein übermächtiger Medienkonzern, immerhin einer der größten Österreichs, hat fast alles, aus dem BürgerInnen Information beziehen können, fest in der Hand. Egal ob es sich um Printmedien, Hörfunk oder TV handelt, fast überall steht Moser Holding im Impressum. Dann gibt's noch den ORF Tirol, dessen Direktor ehemaliges hochrangiges Mitglied der seit Urzeiten herrschenden Partei war. In der Berichterstattung gibt sich der ORF volkstümlich und hat nicht viel mehr zu berichten, als dass wieder einmal irgendein Autofahrer in irgendeinen Bach gerast ist.

2008 schrieb die Tiroler Lyrikerin und Schriftstellerin Barbara Hundegger in ihrem Text *nichts von format* „kein feuilleton, keine debatten, keine gesellschaftsreflexion, kein diskurs; keine aufdeckungstexte zu den verstrickungen angesehenener heimischer firmen in ethik-arme finanz-filz-netzwerke, freiwillig kein kritisches wort über potent-ganzseitige inserenten; nichts gender-desaströses wird angeprangert, nichts frauen-relevantes vorangetrieben, niemand wird überhaupt damit konfrontiert und befasst. nirgends eine spur von zur-verfügung-stellen „öffentlicher medienfläche“ an „zeitungs“-fernes im land. alles selbst verkaufen. und kassieren. jeden zehntelmillimeter. selbst bei den anzeigen für die toten noch ...“

Barbara Hundegger hatte immer schon einen sehr scharfen Blick für politische Verhältnisse und was sie da beschreibt manifestiert sich trotz aller Bekenntnisse zu weniger politischer Einflussnahme, trotz Inseratenoffenlegung, trotz Kopfverbot immer mehr und immer umfassender. Wie soll kritische politische Berichterstattung funktionieren wenn, wie jüngst bei einer Pressekonferenz zur Präsentation einer neuen Liste für die Tirol Wahl, der anwesende ORF Reporter den Listenersten fragt: „Du Hans, was habt's denn da vor?“

Die Politik in Tirol gibt viel Geld aus, um sich Medien in einer gewissen Abhängigkeit oder Freundlichkeit zu halten. Für eine kritische Öffentlichkeit ist es zeitweise deprimierend, dass das auch immer wieder funktioniert. Die über weite Strecken genehme Berichterstattung verwundert wenig. Angesichts der Summen, die über Inserate in die marktbeherrschenden Medien fließen, wird klar, dass über politische Zustände oft erst dann berichtet wird, wenn es sich nicht mehr vermeiden lässt.

Das seit Herbst gültige Medientransparenzgesetz zwingt erstmals zur Offenlegung was z.b. das Land Tirol an Geldern an Medien ausschüttet. Die Zahlen für das dritte Quartal 2012 sprechen für sich. Das Land selbst hält sich zwar zurück: ORF, Tiroler Krone und tiroltv erhielten zusammen knapp 44.900 Euro. Dick kommt's dann aber bei den landeseigenen Aktiengesellschaften wie TIWAG und Hypo Tirol Bank. Die TIWAG ließ sich Inserate im dritten Quartal 2012 ganze 281.916 Euro kosten. Der Löwenanteil von über 100.000 Euro ging dabei an den ORF Tirol, fast genau soviel an die verschiedene Blätter der Moserholding und der Rest verteilt sich auf Kronenzeitung, Echo und Tirol TV. Nicht anders das Bild bei der Hypo Tirol Bank, auch in 100%igem Eigentum des Landes. Fast

100.000 Euro gehen hier an die verschiedenen Druckwerke aus dem Hause Moser-Holding, an die 65.000 Euro an den ORF Tirol und der Rest auf die Gesamtsumme von 223.229 Euro, welche die Hypo Tirol Bank im Quartal für Inserate ausgegeben hat, verteilt sich auf Medien wie die Tiroler Landeszeitung, die Tiroler Heimatwerbung, tirol tv und Echo.

Wenn man die Ausgaben des Landes und nur dieser zwei landeseigenen Firmen aufs Jahr hochrechnet, gibt das Land Tirol nur hier über 2,2 Millionen Euros an Inseraten aus. Wenn man Gesellschaften, wie Asfinag, Tirol Werbung, Verkehrsverbund Tirol, Congress und Messe, Neue Heimat, Tigewosi, Tilak, Festspiele Erl u.v.a. noch dazurechnet, an denen das Land Tirol in unterschiedlicher Größenordnung beteiligt ist, kommt pro Quartal nochmals die stolze Summe von gut einer Million Euro dazu. Selbst bei vorsichtiger Rechnung heißt das, dass das Land das quasi Medienmonopol in Tirol mit deutlich mehr als sechs Millionen Euro im Jahr versorgt.

Wen wundert's also, dass die Verlockung in manchen Medien groß ist, diese Summen die da über Inserate fließen, nicht zu gefährden, und dass bei RedakteurInnen die Schere im Kopf auch aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit der ArbeitgeberInnen immer wieder funktioniert. Was dabei rauskommt ist, dass Medien in Tirol ihre Pflicht als vierte Säule der Demokratie nicht ganz so wichtig nehmen wie es angebracht wäre. Gleichzeitig müssen RedakteurInnen unter Arbeitsbedingungen arbeiten, die kaum noch Recherche oder intensives Arbeiten an einem Thema zulassen. Der Vorteil, der den großen Medien in Tirol durch die Inseratenvergabe des Landes erwächst, bleibt ein wirtschaftlicher und dient nicht dazu, die Qualität in diesen Medien zu verbessern.

Wie eingangs gesagt, Steuerungsmöglichkeiten gäbe es. Es gäbe sie, wenn gewollt werden würde, dass es in Tirol oder auch regional und lokal eine kritische und offene Medienlandschaft gäbe. Eine Medienlandschaft, die in der Lage wäre, sich kritisch mit Politik und Kultur auseinanderzusetzen, Diskurse zu begründen und zu führen und so dem nahe kommen könnte, für das die Presse und die Medien eigentlich da sind: diese unsere Demokratie zu entwickeln und zu bewahren.

Die Politik könnte dazu beitragen, wenn sie die enormen Summen an Geld die in die Medien fließen, auch als Steuerungselement sehen würde, Qualität in Presse und Rundfunk zu fördern und somit auch eine demokratische Entwicklung voranzutreiben. Klar hat auch die Politik das Bedürfnis und die Pflicht die Öffentlichkeit über ihr Tun zu informieren und dafür können auch Inserate Sinn machen. Allerdings hätte Politik auch die Möglichkeit, Gelder so zu streuen, dass eine lebendige, kritische Medienlandschaft in Tirol entstehen kann. Gleichzeitig würden über viele qualitativ hochwertige Medien auch nicht weniger Menschen erreicht werden. Es ginge darum, klar zu stellen, dass die Inseratenvergabe der öffentlichen Hand nicht in rein wirtschaftlicher Hinsicht gesehen werden kann, sondern sehr wohl eine Art Medienförderung darstellt. Was Not täte, wären qualitative Richtlinien für eine transparente Medienförderung zu erarbeiten und umzusetzen. Ein Wunsch der wohl leider auch nach den Landtagswahlen 2013 ein frommer bleibt.

*Markus Schennach*